

Interpellation Elisabeth Burgener Brogli, SP, Gipf-Oberfrick (Sprecherin), Susanne Klaus Günthart, Grüne, Aarau, Ivica Petrušić, SP, Aarau, Marco Hardmeier, SP, Aarau, und Hansjörg Wittwer, Grüne, Aarau, vom 22. November 2011 betreffend Haltung des Regierungsrats zur Privatisierung der öffentlichen Schulen des Kantons Aargau, am Beispiel der HPS Aarau

Text und Begründung:

In den 50er-Jahren entstanden die ersten Heilpädagogischen Tagesschulen, die durch die öffentliche Hand initiiert wurden. Seither nehmen die 11 Sonderschulen innerhalb der Aargauischen Volksschule einen wichtigen Platz ein. Sie sind öffentlich-rechtliche Schulen, gemäss den gesetzlichen Grundlagen des Kantons Aargau.

Nun wird am 12. Dezember 2011 im Einwohnerrat der Stadt Aarau über einen Antrag des Stadtrats entschieden, der viel Unsicherheit auslöst: den Trägerschaftswechsel der HPS Aarau unter das Dach einer privat-rechtlichen Stiftung.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie ist die Haltung des Regierungsrats zur Privatisierung von öffentlichen Schulen?
- Wie steht der Regierungsrat zum Antrag des Stadtrats Aarau seine HPS zu privatisieren?
- Wie erklärt sich der Regierungsrat dieses Vorgehen, obwohl die pädagogische Qualität der Schule nachweislich vorhanden ist?
- Wie kommentiert der Regierungsrat den Vorwurf gegenüber dem Stadtrat Aarau, dass dieses Vorgehen finanz- und strukturtechnische Gründe hat?
- Gedenkt der Regierungsrat Stellung zu beziehen gegenüber betroffenen Eltern-gruppierungen, die den Wechsel von einer öffentlichen zu einer privatrechtlichen Schule nicht unterstützen?
- Ist der Regierungsrat nicht der Ansicht, dass der pädagogische Auftrag der HPS in den Auftrag der öffentlichen Gesamtschule eingebettet werden soll?
- Wenn ja, wo und wie sieht er diese Einbettung? Kann sie umgesetzt werden, wenn die HPS privatisiert ist?
- In welcher Form übernimmt der Regierungsrat Mitverantwortung und wie unterstützt das BKS die Heilpädagogischen Sonderschulen in ihrem Auftrag als öffentlich-rechtliche Institutionen?
- Wie sieht die Zukunft der Heilpädagogischen Sonderschulen im Kanton Aargau aus? Sind strukturelle Veränderungen nötig? Wie könnten sie aussehen?
- Sind dem Regierungsrat im Kanton noch andere Heilpädagogische Tagesschulen bekannt, für die der Schritt in die Privatisierung geplant ist?

Mitunterzeichnet von 24 Ratsmitgliedern

Antrag auf Dringlichkeit am 22. November 2011 abgelehnt.